



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft - der Mehrjährige Finanzrahmen 2028 - 2034

COM(2025) 570 final

BR-Drs. 333/25

Verfahren gemäß § 83c BayLTGescho

1. Der Ausschuss hat in seiner 32. Sitzung am 7. Oktober 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung sich selbst zur federführenden Beratung zuzuweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGescho).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Mitteilung](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Alle sieben Jahre stellt die EU einen mehrjährigen Finanzrahmen ([MFR](#)) auf. Dort ist festgelegt, wie viel Geld die EU in den einzelnen Haushaltsjahren ausgeben darf.

Der aktuelle MFR 2021 bis 2027 hat ein Volumen von insgesamt gut 1.200 Mrd. € für eine Laufzeit von sieben Jahren. Bayern profitiert vom aktuellen MFR in erheblichem Umfang. Allein in den Bereichen Landwirtschaft (GAP) sowie Regional- und Strukturpolitik (Kohäsion) hat Bayern insgesamt gut 9 Mrd. € zugewiesen bekommen. Aus dem Förderprogramm Horizon Europe konnte Bayern bislang EU-Mittel für Forschung und Innovation in Höhe von rund 1,6 Mrd. € einwerben.

Der aktuelle MFR läuft Ende des Jahres 2027 aus. Am 16. Juli 2025 hat die EU-Kommission ihre Vorschläge für den nächsten MFR für die Jahre 2028 bis 2034 vorgelegt. Die gegenständliche Mitteilung soll einen Überblick über die Vorschläge bieten.

Nach den Vorschlägen sollen u. a. die Bereiche Landwirtschaft/GAP sowie Regional- und Strukturpolitik/Kohäsion in einem Budget verschmolzen und somit politisch und budgetär geschwächt werden, außerdem ist für diese Bereiche eine neue Steuerungsfunktion des Bundes und damit verbunden ein Weniger an Mitbestimmung der Länder vorgesehen, ferner soll es auch neue Steuern und Abgaben als zusätzliche Einnahmequellen für den neuen MFR geben.